

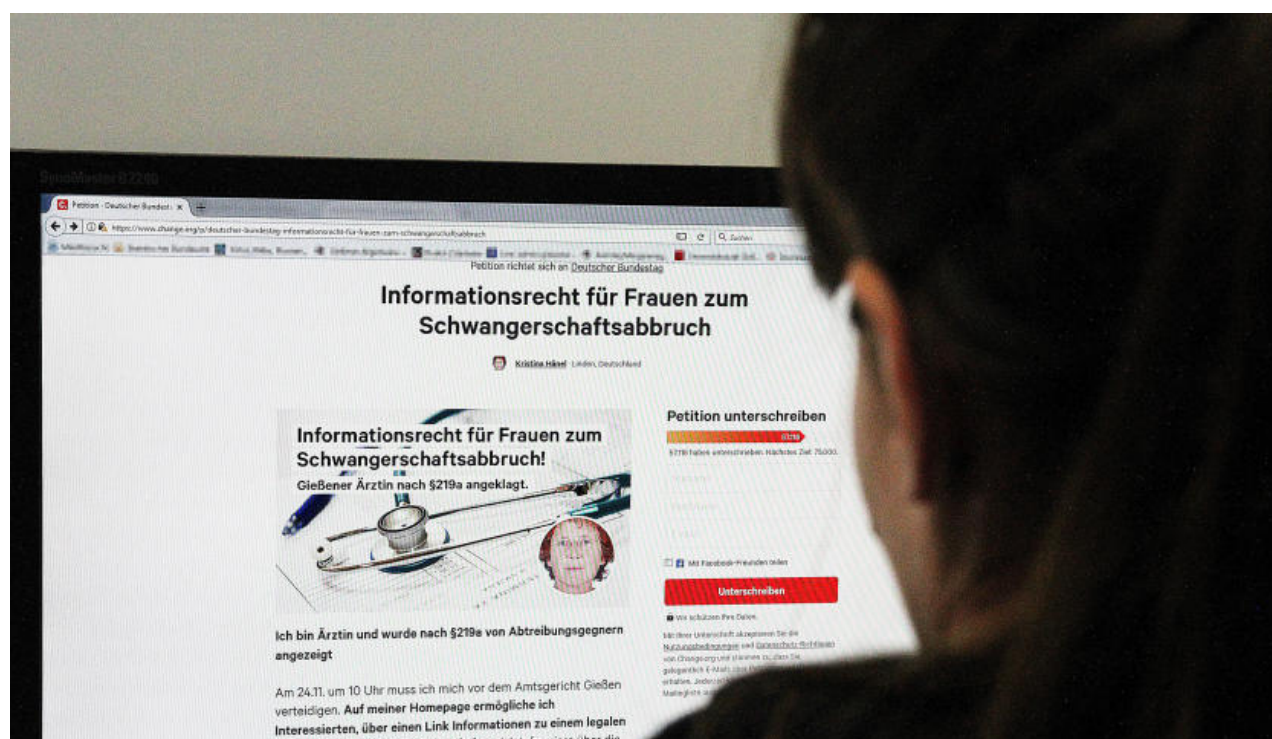
STADT GIESSEN

Ärztin ist »überwältigt«

Frauen sollen ein Recht haben auf Informationen zum Schwangerschaftsabbruch: Diese Petition der Ärztin Kristina Hänel zählt über 63 000 Unterstützer. Sie äußern sich nicht nur zum Paragrafen 219a.

03. November 2017, 11:00 Uhr

Karen Werner



Der Diskussionsbedarf zum Thema Schwangerschaftsabbruch ist groß. Das hat die Petition der Gießener Ärztin Kristina Hänel an den Bundestag offenbart. Über 63 000 Menschen haben innerhalb der ersten zehn Tage im Internet für das Informationsrecht von Frauen unterzeichnet. »Ich bin überwältigt«, erklärt die 61-jährige in einer Stellungnahme. Sie sei nun »erst recht motiviert, nicht aufzugeben«. Wie berichtet, muss sich Hänel am 24. November vor dem Gießener Amtsgericht verantworten, weil auf ihrer Homepage das Wort »Schwangerschaftsabbruch« steht. Mittlerweile haben darüber etliche Medien berichtet.

Die Ärztin plädiert in der Petition für die Abschaffung des Paragrafen 219a, der »Werbung« für Abtreibung verbietet. In zahlreichen Begründungen beleben Unterzeichnerinnen und Unterzeichner auch die Grundsatzdebatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch neu (siehe Kasten).

»In der Nische eines Tabus«

Verboten, aber unter bestimmten Voraussetzungen straffrei: Dieser Kompromiss zum Paragrafen 218 trat 2010 in Kraft. Öffentliche Auseinandersetzungen waren seitdem abgeflaut. Nur vereinzelt kritisieren Feministinnen, dass Frauen auf die »Gnade« des Staats angewiesen seien: Das sei würdelos.

»Auch ich hatte mich daran gewöhnt, dass es in Deutschland ›irgendwie läuft‹, und mich in der Nische eines Tabus eingerichtet«, schreibt Hänel – selbst Mutter zweier Kinder und fünffache Großmutter – auf change.org. »Ich habe möglichst wenig darüber gesprochen, was ich beruflich unter anderem mache. Mit meiner Arbeit im Rettungsdienst konnte ich viel mehr Eindruck schinden. Keiner würde auf die Idee kommen zu sagen, ich mache Werbung für Herz-Kreislauf-Stillstände, wenn ich mein ›Notärztin‹-T-Shirt öffentlich trage.« In der Lokalzeitung möchte sie derzeit nicht mit Porträtfoto erscheinen: Sie habe schlechte Erfahrungen mit Anfeindungen gemacht.

Im Gespräch mit der GAZ betont Hänel, keineswegs habe sie es auf einen Gerichtsprozess angelegt, als sie sich weigerte, das Wort »Schwangerschaftsabbruch« von ihrer Internetseite zu entfernen. Die Vorladung vor Gericht habe sie schockiert. Doch nun hofft sie, dank der »riesengroßen Unterstützung« den Paragrafen 219a verändern oder zu Fall bringen zu können. »Ich bin sicher, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Land genau das wollen.«

Radikale »Lebensschützer« nutzen den Paragrafen immer wieder mit Erfolg für Anzeigen gegen Ärztinnen und Ärzte. Folge: Schwangere erfahren im Internet nicht, in welcher Praxis sie einen Abbruch vornehmen lassen können. Adressen bekommen sie meistens in Beratungsstellen. Wer »googelt«, landet in der Regel auf Seiten von Abtreibungsgegnern. Die wiederum dürfen Namen nennen: Schließlich »werben« sie nicht für den Eingriff, sondern verdammen ihn. Für die betroffenen Frauen sei diese Lektüre »verletzend, schmerzhaft, übergriffig, anstößig, verleumderisch«, weiß Kristina Hänel. Den Patientinnen das zu ersparen, ist für sie das Hauptziel ihrer Kampagne.

Sie meint: Wem es wirklich um den Schutz von Leben geht, der müsse für eine liberale Rechtslage eintreten. Statistiken zeigen: Ein Verbot mindert nicht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, sondern erhöht das Gesundheitsrisiko der

Frauen, die den Eingriff illegal vornehmen lassen. Laut einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation wird fast die Hälfte der jährlich knapp 56 Millionen Abtreibungen weltweit mit unsicheren Methoden durchgeführt.

»Mit Empörung« hat der Vorstand des Gießener Elisabeth-Selbert-Vereins von dem bevorstehenden Prozess erfahren. »Glaubt man im Ernst, dass eine Frau sich durch das Lesen dieser Homepage eher zu einem Abbruch entschließt? Das ist doch widersinnig!«, heißt es in einer Pressemitteilung. »Wir sind froh, dass es für Frauen, die sich in der Regel ihre Entscheidung zu diesem Eingriff nicht leicht gemacht haben, die Möglichkeit gibt, sich zu informieren, wo sie sich hinwenden können, damit sie mit Respekt und Würde behandelt werden. Das ist wohl nicht überall der Fall!«

Zusatzinfo

Stimmen von Unterzeichnern

»Es ist elementar, dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen dürfen und verantwortungsvolle Ärzte sie dabei unterstützen. Ungewollte Schwangerschaft bedeutet nicht selten Elend für Mutter und Kind.« »Es kann nicht sein, dass Ärzte zum Hassobjekt und zur Zielscheibe fundamentalistischer (sogenannter) Christen werden!« »Grundsätzlich bin ich Abtreibungsgegner. Aber wenn Ärzte sachlich informieren, so ist das nicht als verbotene Werbung anzusehen, sondern als Hilfe für die Frauen.« »Keine Frau treibt aus Jux und Dollerei ab.«

Artikel: <http://www.giessener-allgemeine.de/regional/stadtgiessen/art71,340138>

© Giessener Allgemeine Zeitung 2016. Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung